

Bürgerinitiative fordert eine neue Zwischenpräsentation

Sassenberg (gl). Die Bürgerinitiative „Wir für Sassenberg“ fordert im Rahmen des Aufplanungsverfahrens für das zentrale Innenstadtgelände ein weiteres Zwischenkolloquium im Architektenwettbewerb.

Im vergangenen Jahr habe eine Unterschriftenaktion die deutliche Ablehnung der Bürger gegen die damals geplante Bebauung mit einem Einkaufszentrum von 3750 Quadratmetern Verkaufsfläche samt einem siebten Lebensmittelgeschäft sowie einer weiteren Verschärfung der Verkehrssituation belegt, heißt es in einer Stellungnahme der Initiative. Der Druck der Bevölkerung habe ein Umdenken bei den Ratspolitikern und letztlich die Erstellung eines neuen Konzepts mit Gewerbe, Dienstleistung und Wohnbebauung bewirkt.

In dem zurzeit laufenden qualitätssichernden Verfahren stellten am 24. Mai die drei beteiligten

Architekturbüros ihre Vorentwürfe vor unter der Maßgabe: 2500 Quadratmeter Verkaufsfläche und 100 Pkw-Stellplätze. Der neue Eigentümer, die Stroetmann GmbH, stelle nun neue Bedingungen, die 2000 Quadratmeter mehr Fläche für das Einkaufszentrum beanspruchten, also 15 Prozent der Gesamtfläche des Geländes.

Damit seien die vorgestellten Entwürfe hinfällig und die Umsetzung der ursprünglich angedachten Mehrfachnutzung für Gewerbe, Dienstleistung, Wohnbebauung und Erholung im Sinne einer städtebaulichen Aufwertung der City fraglich geworden. Durch diese neuen Rahmenbedingungen des Investors werde der Bürgerwille ignoriert, die Lösung des Verkehrsproblems weiterhin nur unzureichend behandelt, wo doch gerade dieses die Bürger besonders beschäftigt.

Lediglich ein Büro habe einen neuen Denkansatz mit einem kleinen Kreisel vor Börding und

einer Abbiegespur an der Volksbank ins Spiel gebracht, was eine diskrete und interessante Möglichkeit sei, wenn sie denn verkehrstechnisch funktioniere. Die beiden anderen Büros favorisieren die große Ampellösung.

Der Termin für die Abschlusspräsentation ist wegen der neuen Gegebenheiten vom 16. Juni auf den 13. Juli verschoben worden. Die Verschiebung wird seitens der Bürgerinitiative begrüßt, die aber nicht hinnehmen könne, dass es zu einer Abschlusspräsentation kommt. Die geänderten Rahmenbedingungen müssten zu völlig neuen Entwürfen führen, die gemäß den Vorgaben des „Qualitätssichernden Verfahrens“ in der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden sollten. Ein Abschluss zu diesem Zeitpunkt würde solche Diskussion verhindern und sowohl Bürger wie Politiker mit vollendeten Tatsachen konfrontieren. Es müsse eine zweite Zwischenpräsentation geben.